



Stadt Bern
Gemeinderat

Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 62 16
stadtkanzlei@bern.ch
www.bern.ch

Schweizerischer Städteverband
Frau Renate Amstutz, Direktorin
Monbijoustrasse 8
Postfach 8175
3001 Bern

Bern, 21. Juni 2017

Bundesbeschluss über einen Rahmenkredit zur Aufstockung des Fonds de Roulement zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Amstutz

Der Gemeinderat dankt für die Gelegenheit, sich im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Bundesbeschluss über einen Rahmenkredit zur Aufstockung des Fonds de Roulement zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus äussern zu können.

Die Stadt Bern setzt sich aktiv für die Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau und die Erhaltung von preisgünstiger Bausubstanz ein und unterstützt daher die Volksinitiative „Mehr bezahlbare Wohnungen“. Die Forderung, den Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus zu erhöhen oder zu verhindern, dass Sanierungen zum Verlust von preisgünstigen Mietwohnungen führen, deckt sich mit der in der Stadt Bern betriebenen Wohnbaupolitik. Der gemeinnützige und preisgünstige Wohnungsbau erlebt zurzeit einen starken Aufschwung und hat einen entsprechend grossen Finanzierungsbedarf. So auch in der Stadt Bern, wo bis zum Jahr 2030 mit rund 2 700 gemeinnützigen und preisgünstigen Wohnungen zu rechnen ist - was durchschnittlich pro Jahr rund 200 Wohnungen entspricht.

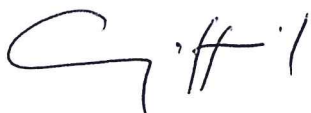
Die Stadt besitzt Beteiligungen an verschiedenen (u.a. gemeinnützigen) Wohnbaugenossenschaften und unterstützt diese bei Bedarf. Weiter baut der Fonds für die Boden- und Wohnbaupolitik als Sonderrechnung der Stadt Bern selber und vermietet auch Wohnungen im günstigen und moderaten Mietsegment.

Am 18. Mai 2014 hat die Berner Stimmbevölkerung die Initiative „Für bezahlbare Wohnungen“ mit einer grossen Mehrheit von 71,56 Prozent angenommen. Diese fordert, dass bei Um- und Neueinzonungen von Wohnzonen mindestens ein Drittel der Wohnungsnutzung im preisgünstigen Segment bebaut oder an gemeinnützige Wohnbauträger abgegeben wird und die Wohnungen in Kostenmiete zu vermieten sind. Obwohl die Initia-

tive noch nicht rechtsverbindlich ist, setzt die Stadt den Volkswillen schon heute wo möglich um. Aktuelle Projekte sind beispielsweise die geplanten Überbauungen im Berner Vierer- und Mittelfeld oder auf dem Gaswerkareal.

Mit dem vorliegenden Erlassentwurf zeigt der Bundesrat, dass er die Dringlichkeit der Volksinitiative „Mehr bezahlbare Wohnungen“ erkennt und aktiv nach einer Lösung sucht, um das Angebot an preisgünstigem Wohnraum zu erhöhen. Der Gemeinderat ist jedoch der Ansicht, dass der Fonds de Roulement um deutlich mehr als die vorgeschlagenen 250 Millionen Franken aufzustocken ist. Ein ausreichend geäufter Fonds de Roulement ist nicht nur für die Stadt Bern wichtig, weil in den kommenden Jahren schweizweit mit zahlreichen Neugründungen gemeinnütziger Trägerschaften zu rechnen ist, die bei der Finanzierung ihrer Vorhaben in hohem Masse auf die Starthilfen aus dem Fonds de Roulement angewiesen sind. Ausserdem muss die Aufstockung des Fonds de Roulement unabhängig von der Initiative erfolgen.

Freundliche Grüsse



Alec von Graffenried
Stadtpräsident



Dr. Jürg Wichteremann
Stadtschreiber